

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	12
§1 Grundlagen	17
A. Einführung und Zielsetzung der Arbeit	17
B. Zur Ambivalenz des Konzerntatbestandes	26
C. Die verbundene GmbH in der Praxis	34
D. Die Konzerneignung der Rechtsform GmbH	36
E. Erscheinungsformen GmbH-konzernrechtlicher Verbindungen	45
I. Bestimmung in Abhängigkeit vom Unter- nehmensbegriff	46
II. Die kapitalistische Betriebsaufspaltung: Sonderform eines GmbH-Konzerns?	49

1. Teil: Der qualifiziert faktische GmbH-Konzern

§2 Die Definitionen in Literatur und Rechtsprechung; kritische Analyse	57
A. Der Hintergrund qualifiziert faktischer Konzernierung: Das Haftungsdilemma	59

B.	Nachhaltige Beeinträchtigung des Eigeninteresses der abhängigen Gesellschaft	62
C.	Führung als unselbständige Betriebsabteilung	69
D.	Nicht ordnungsgemäße Konzerngeschäftsführung	73
E.	Die Konzeption des BGH	78
§3	Verbot qualifiziert faktischer GmbH-Konzernierung?	81
A.	Problemstellung	81
B.	Versagen des Haftungskonzeptes	82
C.	Legitimation durch Zustimmung der Gesellschafter in der abhängigen GmbH	88
D.	Ergebnis	91
§4	Versuch einer eigenen Inhaltsbestimmung qualifiziert faktischer GmbH-Konzernierung	92
A.	Vorüberlegungen: Grenzziehung zwischen einfachen und qualifiziert faktischen Konzernverbindungen	94
B.	Ansatzpunkt: Einheitliche Leitung als konzern-konstituierendes Merkmal	95
I.	Leitungsaufgaben	95
II.	Gegenstandsbereiche einheitlicher Leitung	97
1.	Koordination aller Entscheidungsbereiche	98
2.	Koordination eines beliebigen Entscheidungsbereiches	99

	a)	Einheitliche Personalpolitik	100
	b)	Einheitliche Beschaffungs-, Produktions- oder Absatzpolitik	100
	c)	Einheitliche Finanzpolitik	105
III.		Finanzielle Führung und qualifiziert faktische Konzernierung	109
C.		Qualifiziert faktische Konzernierung als Haftungsproblem . .	113
I.		Haftungsmodelle im faktischen GmbH-Konzern	113
II.		Die Verlustübernahmepflicht nach §302 AktG: Prüfstein der Haftungskonzepte und Konsequenzen . .	118
	1.	Die Konzernzustandshaftung	119
	2.	Die Konzernleitungshaftung	120
	3.	Folgerungen	122
III.		Dogmatische Herleitung des §302 AktG durch doppelten Analogieschluß	124
	1.	Generelle Analogie zum Aktienkonzernrecht .	124
	2.	Spezielle Analogie zur vertragskonzern- rechtlichen Bestimmung des §302 AktG: Ermittlung der ratio legis	126
	a)	Regelungsgrund: Beherrschungs- und Gewinn-abführungsvertrag	126
	b)	Regelungsgrund: Sicherung der Kapital- erhaltung	128

	c)	Anpassung an GmbH-spezifisches Schutzniveau	133
IV.		Überprüfung des Ergebnisses: Gefahr der Privilegierung zentralistischer Strukturen?	135
V.		Gesellschaftsvertragliche Begründung einer Verlustübernahmepflicht	140
	1.	Vereinbarung einer unmittelbaren statutarischen Verlustübernahmepflicht	142
	2.	Nebenleistungs- und Nachschußpflicht als Ansatzpunkte einer statutarischen Verlustübernahme	143
		a) Nebenleistungspflicht gemäß §3 Abs.2 GmbHG	144
		b) Nachschußpflicht gemäß der §§26 ff. GmbHG	145
	3.	Vorteile der unbeschränkten Nachschußpflicht als einem Instrument konzernrechtlichen Schutzes	147
		a) Höhe der Nachschußpflicht	147
		b) Nachschußpflicht und Gewinnverwendung	148
		aa) Verlustübernahmepflicht des herrschenden Unternehmens: Gefahr übermäßiger Gewinnthesaurierung in der abhängigen Gesellschaft	148

bb) Problemschärfung:
Nachschußpflicht und
Bildung von Kapitalrücklagen . 150

c) Beispiel einer gesellschaftsvertraglichen
Klausel zur Nachschußpflicht des
herrschenden Unternehmens 151

VI. Ausfallhaftung analog §303 AktG 153

VII. Zusammenfassung: Haftungssystem im faktischen
GmbH-Konzern 158

§5 Ergebnisse des ersten Teils und Ausblick 159

2. Teil: Konzernbildungskontrolle im faktischen GmbH-Konzern

§6 Präventivschutz als Rechtsinstitut 161

A. Rahmenbedingungen 161

B. Überblick über die bisherige Entwicklung 165

C. Verhältnis zur Konzernleitungskontrolle 169

1. Abschnitt

§7 Präventivkontrolle bei der GmbH als Konzerntochter . . . 171

A. Der Weg der GmbH in die Abhängigkeit 171

B. Statutarische Schutzklauseln 173

C.	Inhaltliche Sachkontrolle abhängigkeits- und konzern-relevanter Gesellschafterbeschlüsse	175
I.	Satzungsänderung und Einzelfalldispens	175
II.	Inhaltliche Präzisierung der Beschlußkontrolle	182
	1. Erste Kontrollphase: Sachliche Rechtfertigung	182
	2. Zweite Kontrollphase: Prüfung der Verhältnismäßigkeit	187
D.	Fehlen von Satzungsklauseln	191
I.	Gesetzliches Bezugsrecht des GmbH-Geschafters?	192
II.	Gesetzliches Wettbewerbsverbot des GmbH- Geschafters	193
	1. Problemstand	193
	2. Wettbewerbsverbot analog §112 HGB?	195
	3. Wettbewerbsverbot und Treuepflicht	198
	a) Ansatzpunkt: 'corporate opportunity'	198
	b) Wettbewerbsverbot als unmittelbare Verdichtung der Treuepflicht	199
	4. Wettbewerbsverbot im mehrstufigen Konzern	204
	5. Ergebnis	206
III.	§50 Abs.1 GmbHG als Instrument GmbH-gesetzlichen Präventivschutzes	207

E.	Zusammenfassung	210
----	-----------------------	-----

2. Abschnitt

Präventivkontrolle bei der AG als Konzernmutter

§-12

§8	Grundlagen	211
A.	Gemischter GmbH-Konzern und aktienrechtliche Konzernbildungskontrolle im herrschenden Unternehmen	211
B.	Generelle Zulässigkeit aktienrechtlicher Präventivkontrolle ..	214
C.	Gesetzliche Kompetenzverteilung und methodischer Ansatz .	215
§9	Konzernspezifische Erweiterung der §§ 121,122 AktG ...	216
A.	Konzernierung als das 'Wohl der Gesellschaft' tangierende Entscheidung gemäß §121 Abs.1,2.HS AktG	217
B.	Einberufung der Hauptversammlung gemäß §122 AktG	221
§10	Konzernbildungskontrolle im Wege des Analogieschlusses: Die Frage nach den "ungeschriebenen Hauptversammlungskompetenzen"	225
A.	Rechtsanalogie zu den §§179, 186 Abs.3, 192, 202, 203 Abs.2, 221, 291-293, 319 Abs.2, 340, 361 AktG	225
I.	Methodische Einordnung und Meinungsstand	225
II.	Erste Bedenken: Institutionelle Verfestigung von ungeschriebenen Hauptversammlungskompetenzen im Sinne eines Konzerngrundorgans?	229

III.	Systematische Analyse der geschriebenen Hauptversammlungszuständigkeiten	235
1.	Außenwirkung als Abgrenzungskriterium? ...	235
2.	Gedankliche Basis: 'Fusionsähnliche Gestaltungen'	236
3.	Einzelbetrachtung	239
a)	Satzungskompetenz gemäß §179 Abs.1 AktG	239
b)	Gewinnverwendungsrecht gemäß der §§ 174, 58 AktG	240
c)	Bezugsrechtsausschluß gemäß §186 Abs.3 AktG	242
aa)	Schutz vor quantitativen Veränderungen der Mitgliedschafts- und Vermögensrechte	243
bb)	Schutz der Beteiligungsstruktur vor qualitativen Veränderungen	244
d)	Konzernspezifische Zustimmungspflichten gemäß der §§319 Abs.2, 293 Abs.2 AktG	248
e)	§§262, 340c, 362, 361 AktG als 'Verfügungen' über die Korporation	249
f)	Zustimmung zu Gewinnpoolungsverträgen gemäß der §§292 Abs.1, 293 Abs.1 Nr.1 AktG	251
IV.	Ergebnis	251

B.	Gesetzesanalogien	256
I.	Konzernierungserklärung analog der §§293 Abs.2, 319 Abs.2, §§291 Abs.1, 293 Abs.1 AktG ...	256
1.	Einführung	257
2.	Die Konzeption Hommelhoffs	258
3.	Kritik	260
II.	Konzernbildung als Strukturentscheidung analog §293 Abs.1 AktG	266
§11	Konzernbildungskontrolle über die Einschränkung der Geschäftsführungsbefugnis	270
A.	Vorlagepflicht gemäß §119 Abs.2 AktG als Ermessens- reduzierung	272
B.	Konzernierung als faktische Satzungsänderung	278
I.	Unternehmensgegenstand als Präventivschutzkriterium	279
1.	Begriffsexplikation	279
2.	Abgrenzung zum Unternehmenszweck	280
3.	Kapitalistische und unternehmerische Beteiligung	281
II.	Erwerb und Gründung diversifizierter Tochter- gesellschaften	285
III.	Ausgliederung von Betriebsabteilungen	286
1.	Problemeingrenzender Überblick über das Meinungsspektrum	286

2.	Umwandlung in eine Holdinggesellschaft? . . .	294
a)	Vollabspaltung	295
b)	Teilabspaltung	296
IV.	Erfordernis einer Konzernermächtigungsklausel	300
1.	Autonome Zweckverwirklichung	301
2.	Verschiebung der Zuständigkeits- und Vermögensordnung	303
§12	Privatautonome Gestaltungsmöglichkeiten	308
A.	Stand der Untersuchung	308
B.	Statutarische Einschränkung des Unternehmensgegenstandes gemäß §23 Abs.3 Nr.2 AktG	309
C.	Blick in die Satzungspraxis	310
D.	Mittelbare Präventivkontrolle über den Aufsichtsrat gemäß §111 Abs.4 S.2 AktG	314
E.	Rechtsschutzfragen	320
F.	§111 Abs.4 S.2 AktG in der Unternehmenspraxis	326

3. Abschnitt

§13	Präventivkontrolle bei der GmbH als Konzernmutter . . .	334
A.	Problemlage im reinen GmbH-Konzern	334

B.	Festlegung der Unternehmenspolitik als konzernspezifischer Schutzmechanismus?	335
C.	Beschränkung der Geschäftsführungsbefugnis durch den mutmaßlich entgegengesetzten Gesellschafterwillen?	339
D.	Entscheidungsprärogative der Gesellschafter gemäß §49 Abs.2 GmbHG bei 'außergewöhnlichen Geschäften' . . .	341
I.	Einberufungspflicht 'im Interesse der Gesellschaft' . .	341
II.	Kompetenzbegrenzende Differenzierung zwischen laufender Geschäftsführung und außergewöhnlichen Maßnahmen	343
	1. Differenzierungsansatz: Auftragsrecht und Fremdinteressenwahrung	344
	2. Grenzziehung in Anlehnung an §116 Abs.2 HGB	347
E.	Ergebnis	340

3. Teil: Zusammenfassung der Ergebnisse

Literaturverzeichnis	359
--------------------------------	-----